HELGA LANGE, SCHULTENSTRAßE 6, 33790 HALLE (WESTF.)

FRAKTION IM RAT DER STADT HALLE (WESTF.)

Helga Lange
Fraktionssprecherin

Schultenstraße 6
33790 Halle/Westf.
Tel: (05201) 82 82 48
Fax: (05201) 66 52 32
gruene@helga-lange.de

Haushaltsrede Ratsitzung am 19.12.2012

Halle/Westf., 19.12.2012

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Mit großer Genugtuung haben Bürgermeisterin und der neue Kämmerer im November den Haushaltsplanentwurf 2013 vorgelegt. Der Kämmerer nennt ihn „schon fast einmalig“, die Bürgermeisterin „außergewöhnlich“! Dem können wir uns nur anschließen. Unsere Kolleginnen und Kollegen in den meisten anderen Kommunen in NRW können von so einem Zahlenwerk nur träumen. Wir schreiben nicht nur eine schwarze Null, d.h. wir haben einen strukturell ausgeglichenen Haushalt, sondern dürfen uns noch über einen Überschuss von ca. 2 Mio. € freuen.
Wir leisten uns auch in 2013 ein enormes Investitionsvolumen von ca.16 Mio. €, nach veranschlagten 20 Mio. € in 2012 und das als kleine Mittelstadt mit 21.000 Einwohnern.
Wir verfügen Ende 2012 über eine Liquidität von rd. 20 Mio. €, während andere Kommunen unter der Last der Kassenkredite zerbrechen und ihre Pflichtaufgaben nicht mehr erfüllen können. Betrugen die Kassenkredite der Kommunen in 2011 noch 30 Mrd. €, sind sie in 2012 bereits auf gigantische 47,9 Mrd. € angewachsen!
Wir können den Schuldenstand, der 2008 noch 12,4 Mio. € betrug, Ende 2012 auf 5,7 Mio. € drücken, das ist mehr als halbiert und 2016 soll er nur noch 2,7 Mio. € betragen und perspektivisch sind wir hoffentlich auch schuldenfrei. Viele Kommunen können nicht entschulden, sondern häufen immer höhere Schulden auf und müssen den Rotstift an elementaren Leistungen ansetzen.
Wir können die Ausfinanzierung der Pensionsverpflichtungen mit 4,7 Mio. € im Haushalt sicherstellen und damit eine vorausschauende und nachhaltige Vorsorge betreiben, während andere Kommunen diese Lasten weit in die Zukunft verschieben und damit die nachfolgenden Generationen unverantwortlich belasten müssen.
Wir bauen ein neues Hallenbad für rd. 7 Mio. € und können nach einer Durststrecke, die von allen Beteiligten gelassen gemeistert wird, vielen Dank dafür, Schwimmen in Halle auf Dauer zu vertretbaren Kosten sicherstellen, während Schwimmbäder im ganzen Land geschlossen werden müssen.
Wir setzen ein interkommunales Industrie- und Gewerbegebiet um, und planen und bauen eine Entlastungsstraße, um unsere wirtschaftliche Entwicklung auch in Zukunft sicherzustellen.

Wir können den U 3 Ausbau vorantreiben und damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern, während andere zwar genauso den Bedarf haben, aber nicht die Eigenmittel aufbringen können.
Wir können seit Jahren, Jahrzehnten, ein vielfältiges, attraktives Kulturangebot vorhalten und stetig ausbauen, während andere Kommunen Bibliotheken schließen, oder Angebote drastisch zusammenstreichen.
Wir können seit Jahren viele freiwillige Leistungen für unsere Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stellen und auch ausweiten, können soziale Angebote dort zur Verfügung stellen, wo sie gebraucht werden, durch das Generationennetzwerk, die Familienzentren plus Mehrgenerationenhaus, den Besuchsdienst für Neugeborene oder einen Feuerwehrtopf für sozial Benachteiligte und vieles mehr.
Wir können einen offenen Ganztag, Randstundenbetreuung, Schulsozialarbeit an allen gut ausgebauten Schulen anbieten und erweitern, können das Angebot eines Übergangscoaches auf die Realschule ausdehnen und Sportförderung für unsere Kinder und Jugendliche gewährleisten.
Wir können ein engmaschiges, tragfähiges, soziales Netz bereit halten.
Das alles ist möglich, weil wir in der Tat einen außergewöhnlichen Haushaltsplanentwurf verabschieden.

Grundlage unserer super Haushaltslage ist der gute Branchenmix in Halle, außergewöhnlich erfolgreiche, innovative und fähige Unternehmen mit leistungsstarken Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die für ein hohes Gewerbesteueraufkommen sorgen, ein gesunder Mittelstand und rührige Handwerker. Dank an Alle, die zum Wohlstand in unserer Stadt beitragen.
Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Wohlstand hat auch Konsequenzen. Wer viel hat, kann auch viel leisten, für das eigene Gemeinwohl, aber auch für die, die wenig haben. Wer ein hohes Einkommen hat, zahlt, wenn es mit rechten Dingen zugeht, auch viele Steuern. Auch wir sind als Stadt Teil dieser Solidargemeinschaft und zahlen, an den Kreis über die Kreisumlage, immer entsprechend unserer Leistungsfähigkeit, zahlen indirekt an den Landschaftsverband und ab 2014 für den Solidarpakt. Das Stärkungspaket der Landesregierung erregt insbesondere bei den wohlhabenden Kommunen die Gemüter. Da ist dann gar von den Raubrittern des Rheinlandes die Rede und der Landrat leistet mit dem Vorschlag, die Ravensburg wieder zu bewaffnen, einen höchst unsachlichen und inakzeptablen Beitrag zu einer sehr bedrückenden und schwierigen Finanzsituation vieler Kommunen. Es ist falsch, dass die, die hoch verschuldet sind alle das Geld in der Vergangenheit aus dem Fenster geworfen haben. Es ist genauso falsch, dass Alle sich mehr leisten als wir und sich selber aus der Schuldenfalle befreien könnten. Wer als Empfänger Teil des Stärkungspaktes wird, hat Auflagen zu erfüllen, muss den Gürtel sehr eng schnallen und seinen Bürgerinnen und Bürgern einiges zumuten. Wer, wie Gelsenkirchen immer noch mit einer Arbeitslosenquote von rd. 16% zu kämpfen hat, im Kreis Gütersloh sind es 4,9 %, hat ganz andere Soziallasten zu tragen. Wer Übergangsquoten Schule/Beruf im einstelligen % Bereich hat, kämpft mit Problemen, die wir uns gar nicht vorstellen können. Es ist absolut richtig, hier für einen Ausgleich zu sorgen. Das hat im Übrigen auch die ehemalige schwarz/gelbe Regierung richtig erkannt, aber nicht gehandelt und die Umsetzung des Gutachtens, das die Verteilung der Soziallasten neu regeln soll, ausgesetzt. Wir brauchen eine grundlegende Reform des kommunalen Finanzsystems, aber das fordern alle Fraktionen seit Jahren und seit Jahren vergebens.

Muss nicht der Grundsatz der vergleichbaren Lebensverhältnisse gelten? Wir stehen zur Solidarität, aber wir sagen auch, unsere Leistungsfähigkeit darf nicht überstrapaziert werden. Wir wollen unseren Beitrag leisten, aber dürfen durch die Belastungen nicht in den Abgrund, nicht in die Haushaltssicherung gezogen werden.
Denken sie an den hl. St. Martin, der passt gut in die Zeit. Auch der war reich und hat dem Armen am Wegesrand die Hälfte seines Mantels gegeben, ohne ihm Vorhaltungen zu machen, er sei wohl aus eignem Verschulden in die ausweglose Situation gekommen. St. Martin ist durch diese großzügige Tat etwas ärmer geworden, aber der Bettler konnte überleben.

Wir können viel, wir leisten viel für unsere Bürgerinnen und Bürger, für die Wirtschaft, für unseren Standort, in der Vergangenheit und auch in der Zukunft. Aber wir könnten mehr! Wir können mehr im Bereich Klimaschutz, Energie, Energieeffizienz, Erneuerbare Energien!
Wir haben in der Vergangenheit einige Investitionen in die energetische Gebäudesanierung getätigt. Aber es geht nur zögerlich weiter. Die Untersuchung zur Kraft-Wärme-Kopplung in den städtischen Liegenschaften liegt uns seit September dieses Jahres vor. Demnach ist der Einsatz von Blockheizkraftwerken in den Gebäuden wirtschaftlich, die für ca. 2/3 des Verbrauchs von 610.000 kWh Strom und 4,3 Mio. kWh Wärme verantwortlich sind. Trotzdem schlägt die Verwaltung nur die Umsetzung in zwei Gebäuden vor. Andere sollen erst in den weiteren Jahren folgen. Wir haben jetzt die notwendige Liquidität dafür. Wenn die Arbeitskapazitäten fehlen, kann die Planung der BHKW an Externe vergeben werden. Wenn der Wille gegeben wäre, könnten wir hier in Halle trotz der vielen anderen Projekte mehr tun, um den Energieverbrauch schneller zu senken, um damit auch die Energiekosten deutlich zu senken und unseren Beitrag zum Klimaschutz und zur Einsparung von CO_2 vor Ort zu leisten. Unsere Ziele müssen ehrgeiziger sein und dürfen sich nicht in der Umstellung auf Ökostrom und die Sanierung der Straßenbeleuchtung erschöpfen.

In Steinhagen, so konnten wir gestern in der Zeitung lesen, ist die erste Klimaschutzsiedlung bewilligt. Das hatten wir für das Baugebiet Potthoff auch beantragt, aber weder bei der Verwaltung Unterstützung gefunden, noch gab es bei der Politik eine Mehrheit dafür. Die vielen Anfragen in Steinhagen geben uns Recht, dass die Menschen hochwertige Baugebiete wünschen. Steinhagen punktet mit der Klimaschutzsiedlung, Versmold seit Jahren mit dem Zubau von Photovoltaikanlagen und verdient damit gutes Geld. Und Halle? Wir errichten eine PV Anlage auf dem städtischen Bauhof erst in 2013, wenn die Förderung deutlich gekürzt ist. Das Klimaschutzprogramm wird drastisch runter gefahren, von ehemals 100.000 € auf 40.000 €, das Baukindergeld halbiert auf 50.000 €. Es ist falsch zwei Programme herunterzufahren, die intensiv nachgefragt wurden und bisher noch ein Alleinstellungsmerkmal waren, Programme, die ein Vielfaches an Wertschöpfung vor Ort generieren und dem heimischen Handwerk zugute kommen. Im Bereich Klimaschutz und Energie sind wir allenfalls Mittelmaß. Wie sollen die Klimaschutzziele erreicht werden, wenn wir vor Ort die Herausforderung nicht annehmen? Wir fordern die Bürgermeisterin auf, diese Aufgaben zur Chefinnensache zu machen und nicht nur das Aktionsbündnis zur A33. Diese Aufgabe muss in der Verwaltung zentral gebündelt und mit Herzblut bearbeitet werden.

Mehr Herzblut und Engagement bei der Energieerzeugung fordern wir auch seit Jahren von unserer TWO. Warum wird dieses Geschäftsfeld nicht energischer angepackt? Da ist ein Werbewindrädchen einfach zu wenig. Und dass der TWO dieses Windrad dann auch noch aufs Dach gefallen ist, bedauern wir sehr. Allerdings gibt es auch Stimmen, die sagen, dass hier Werbung und Investitionen nicht zusammengepasst hätten.
Wie sagte Bundesumweltminister Peter Altmeier anlässlich des Klimagipfels in Doha: "Wenn wir in 30 Jahren bei 40 Grad im Schatten mit unseren Rollatoren schwitzend unterwegs sind,

werden wir uns fragen, warum wir damals nicht mehr unternommen haben". Wir fragen uns das schon lange!

Seit 1990, dass heißt, seit unglaublichen 22 Jahren beschäftigen wir uns mit der energetischen Nutzung des Klärschlammes. Nur in den kleinen Gemeinden Werther, Borgholzhausen, Langenberg und in Halle wird diese sinnvolle Energieerzeugung noch nicht eingesetzt. Weiterhin fahren wir die stinkende, unausgegaste Masse von ca. 3500 Tonnen auf Äcker in der nahen und fernen Umgebung. Wenn voraussichtlich 2015 die Ausbringung auf Äcker untersagt wird, haben wir ein Problem. Ausreichende Verbrennungskapazitäten als Notlösung stehen bis dahin nicht zur Verfügung. Zur energetischen Nutzung des Klärschlamms sagte ein Fachmann des Städte- und Gemeindebundes kürzlich: „Die Gemeinde, die diese Technik nicht nutzt, verbrennt das Geld der Gebührenzahler“. Recht hat der Mann!

Steter Tropfen höhlt den Stein! Das Fehlen von Zielen und Kennzahlen in weiten Bereichen des Haushalts ist ein leidiges, immer wieder von uns kritisiertes Thema. Jetzt kommt Bewegung. Wir werden uns gemeinsam mit der Verwaltung über die vielen leeren Seiten im Haushalt hermachen und sie mit Inhalt füllen. Der Anfang wird gemacht. Dann gelingt es uns hoffentlich, auch die Bewirtschaftungskosten differenziert im Haushalt darzustellen. Nur so können wir die objektiv richtigen und nicht nur die gefühlt richtigen Entscheidungen für weitere energetische Sanierungsmaßnahmen, Energieeffizienzsteigerungen und Energieeinsparungen ergreifen. Ziele und Kennzahlen sollen uns in die Lage versetzen, die Entwicklung des Haushalts zielgenau zu steuern und die politischen Entscheidungen zu vereinfachen.

Ein großes Zukunftsthema haben wir in der Vergangenheit sehr vernachlässigt. Wir werden uns den Fragen der Inklusion intensiv stellen müssen. Nicht nur für die Kitas, sondern auch für unsere Schulen und für alle übrigen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens werden wir Konzepte entwickeln müssen, um dem Anspruch auf Inklusion gerecht zu werden. Das ist eine große Herausforderung, deshalb sollten wir sie mit der Erstellung einer Inklusionsstrategie angehen. Wir werden dazu in Kürze einen Antrag einbringen.

Ein großes Thema des vergangenen Jahres war die Schulentwicklungsplanung. Dazu gibt es unter dem nachfolgenden TOP noch genügend Gelegenheit zur Stellungnahme. Deshalb verzichte ich an dieser Stelle darauf. Nur soviel: die 100.000 € für die HS tragen wir mit, wenn gleich sie ihr Überleben nicht sichern, aber Unterstützung in der zweifelsohne schwierigen Situation gewähren. Wir erwarten die Erarbeitung konkreter Projekte, die im Schulausschuss vorgestellt werden. Da lässt der Antrag viel vermissen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Haushaltsplanentwurf findet unsere Zustimmung, auch wenn wir nicht alle Entscheidungen mittragen konnten und uns wichtige Haushaltsansätze nicht mehrheitsfähig waren. Aber die grundsätzliche Ausrichtung des HH 2013 folgt, wie schon in den Vergangenen Jahren, dem Prinzip der nachhaltigen Finanzwirtschaft. Wir verlieren den Schuldenabbau nicht aus dem Blick, leisten uns gigantische Investitionen, aber weiterhin auch ein starkes, tragfähiges soziales Netz. Das macht unsere Stadt in hohem Maße attraktiv und lebenswert.

Zum Schluss möchte ich mich noch bei Herrn Strieckmann für die tatkräftige Unterstützung bedanken und Ihnen allen wünschen wir ein friedvolles, entspanntes Weihnachtsfest und alles Gute für 2013. Wir tun das schon jetzt an dieser Stelle, denn unsere Fraktion wird am gemütlichen Beisammensein nicht teilnehmen. Viele werden vielleicht schon die in den Sommerferien gestartete Kampagne einiger Haller Gastwirte gegen die GRÜNEN vergessen

haben. Wir nicht! Wir akzeptieren selbstverständlich Demonstrationen und Proteste zur Durchsetzung von Forderungen, aber wir lehnen Diskriminierung und persönliche Diffamierung als Mittel ab. Wir hätten uns gewünscht, dass die Bürgermeisterin sich nicht auch noch an der Ausgrenzung beteiligt, indem sie das Lokalverbot, das einen Teil des Rates betrifft, ignoriert, sondern Position bezogen hätte, denn auch ihre Partei hat sich mit 87 % auf dem SPD Parteitag für ein konsequentes Nichtraucherschutzgesetz ausgesprochen. Neben Beschimpfungen, Verunglimpfungen und Drohungen haben wir aber auch sehr viel positive Resonanz und Solidarität für ein an der Gesundheit der Menschen orientiertes Nichtraucherschutzgesetz erhalten. Wir haben inzwischen zwar Gespräche geführt, aber eine öffentliche Rücknahme des Lokalverbotes ist bisher nicht erfolgt und schon gar keine Entschuldigung. Und Frau Bürgermeisterin unser Verhalten hat nichts mit Empfindlichkeit zu tun, wie sie es in der Schulausschusssitzung ausgedrückt haben, sondern mit Konsequenz.

So wünschen wir Allen ein fröhliches Weihnachtsfest, ein gutes, diskriminierungsfreies Neues Jahr und guten Appetit. Wir werden den haben, denn es gibt in Halle noch Gaststätten in denen GRÜNE herzlich willkommen sind.

Und ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.